

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 26 / 44. Jg.

26. Juni 1931

**ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN,
STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.**

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu bezich. durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.—Mk.

Redaktion:

Hans Rommger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-
schloß: Montag, Fernruf: B 2, Litzow 5583.
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9, — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die vierspaltige Nonpareillerzeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagsort Schkenditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Rommger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Die Anträge zum Verbandstag in Erfurt

Die Anträge zum Verbandstag in Erfurt, der am 17. August mit seinen Beratungen beginnen wird, sind, soweit sie von den Kollegen und den Verbandskörperschaften zur entsprechenden Zeit eingereicht worden sind, in voriger Nummer des Verbandsorgans den Kollegen zur Kenntnis gekommen. Die gestellten Anträge zeigen, daß der Verbandstag in Erfurt von ganz besonders großer innerorganisatorischer Bedeutung sein wird, obwohl seine Tagungszeit nur 3 Tage betragen soll. Die angeregte innerorganisatorische Neugruppierung des Verbandes ist unbedingt erforderlich, weil die Strukturwandlung der Wirtschaft durch die Krise für jeden sichtbar Zwangsläufigkeiten aufgestellt hat, denen Rechnung getragen werden muß. Sich ihnen zu verschließen, hieße mit offenen Augen in den Abgrund rennen. Dazu hat der Verband als wirksamste Vertretung der Interessen der Kollegen weder Lust noch Neigung. Deshalb auch die Ablehnung der bestechenden Kollegenanregung, den Verbandstag ob der tiefen Krisenwirkungen mit ihrer außerordentlichen Anspannung der Verbandskasse zu vertagen. Die verantwortlichen Verbandskörperschaften durften nicht auf diese Anregungen eingehen, wollten sie sich nicht einer schweren Unterlassungssünde schuldig machen. Infolgedessen tritt der Verbandstag Mitte August in Erfurt zusammen und es ist nur zu hoffen, daß die Beauftragten zu den Beschlüssen kommen, die dem Verband auch fernerhin ein segensreiches Wirken für die Kollegen eröffnen.

Sieht man die gestellten Anträge durch und prüft sie auf ihren Inhalt, dann ergeben sich drei große Antragsgruppen, die man etwa so rubrizieren kann: 1. die Anträge zum Geschäftsbericht, 2. die Anträge zum Kasernenwesen und zu den Satzungen und 3. die allgemeinen Anträge. Die Anträge zum Kasernenwesen und zu den Satzungen, die weit aus die Mehrzahl der gestellten Anträge ausmachen und eine ganz besondere Bedeutung haben, sollen einer besonderen Betrachtung unterzogen sein. Wir halten es für grundsätzlich falsch, aus etwa taktischen Gründen über wichtiges, das doch in die Erscheinung springt, mit einigen Worten hinweg zu gehen. Nein, das Wichtige, für die Existenz und Wirksamkeit des Verbandes Entscheidende, muß in voller Klarheit herausgestellt werden, damit die Kollegen aus innerer Überzeugung die Beschlüsse in voller Einmütigkeit fassen, die das Gebot der Stunde erheischt.

Die Anträge zum Geschäftsbericht teilen sich naturgemäß wieder in Untergruppen und behandeln organisatorische, tarifliche und sozialpolitische Fragen. Zum Organisatorischen gehört auch die Stellungnahme zum Graphischen Industrieverband. Der Verbandstag in Nürnberg 1922 hat sich eindeutig für den Graphischen Industrieverband ausgesprochen. Der Verband hat als einziger auch das damals aufgearbeitete Einheitsstatut für sich bindend erklärt. An dieser

Stellungnahme hat sich bisher nichts geändert und mit dieser Feststellung dürfte der Verbandstag sich auch Genüge sein lassen. Aber der Münchener Antrag geht noch weiter. Er wünscht als Anfang des Zusammenschlusses eine Vereinigung des Verbandes mit dem Buchdruckerverband und verlangt deshalb entsprechende Verhandlungen des Verbandsvorstandes. Ob auf dem vorgeschlagenen Wege wirklich das gewollte Ziel erreicht wird, bleibt vorläufig noch offen. Die Einheit der vier graphischen Verbände, die angestrebt wird, dürfte durch den vorgeschlagenen Zusammenschluß kaum Förderung erfahren.

Ein anderes Gebiet sind die Maßnahmen gegen den Lohnabbau und die Abwehr der Unternehmerangriffe. So plausibel es erscheinen mag, vom ADGB. Massenaktionen zur Abwehr des Lohnabbaues zu fordern, so wenig Aussicht auf Erfolg hat das. Vorläufig ist der Kampf um den Lohn in den einzelnen Gewerben und Industrien noch viel zu verschieden, die einzelnen Verbände wachen noch mit Argusaugen darüber, daß über das bisher Verreinerbarte hinaus, bei Lohnverhandlungen Fremde nicht mitreden. Was aber im allgemeinen gegen den Abbau des Lohnes zu tun möglich war, hat der ADGB. getan. Das gleiche gilt für den Verband bezüglich der Abwehr der Unternehmerangriffe auf die Lebenslage der Kollegenschaft. Darüber zu befinden, ob die Verbandsleitung in der Abwehr der Unternehmerangriffe das menschenmögliche geleistet und so die Interessen der Kollegen gewahrt hat, wird ja neben der Reorganisation des Unterstützungswesens der Kernpunkt der Beratungen des Verbandstages sein. Und wir zweifeln nicht darüber, daß der Verbandstag, nachdem den Delegierten in geschlossener Sitzung das gesagt worden ist, was zu sagen ist, die Haltung des Verbandsvorstandes billigt. Er wird darüber hinaus noch Vorsorge treffen müssen, die Opfer unternehmerlicher Denunziation schadlos zu halten.

Die gestellten sozialen Forderungen haben angesichts der erlassenen neuen Notverordnung mit ihren tiefen Eingriffen in das Gefüge der sozialen Gesetzgebung und der Finanzmisere nur problematischen Wert. Trotzdem dürfen die Gewerkschaften nicht nachlassen, die unbedingt notwendigen sozialen Forderungen zu stellen, sie zu propagieren und für ihre gesetzliche Anerkennung zu wirken. Das gleiche gilt für die Verkürzung der Arbeitszeit. Die 40-Stundenwoche, zur Linderung der Arbeitslosennot gefordert, darf in den Forderungen der Gewerkschaften auch in besserer Beschäftigungszeit nicht verschwinden, weil die gesteigerte Produktivität der Arbeit das kategorisch gebietet.

Im engsten Zusammenhange mit diesem Beratungsgebiet steht die Tarifpolitik des Verbandes nach Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in gesetzähnlichen Bestimmungen festzuhalten. Die Macht, die der Verband in die Waagschale zu werfen hat,

ist maßgebend für den Inhalt der Tarife. Daß sich die Unterhändler stets mit aller Energie für die aufgestellten Forderungen eingesetzt haben, gilt schlechthin. Aber am Ende jeder Tarifverhandlung, die so oder so als Ergebnis nur den Kompromiß zeigt, steht die Entscheidung für oder gegen. Und so entsteht notwendigerweise das „kleinere Übel“, das immer stark umstritten ist. Damit dürfte das Wesentlichste zur Tarifpolitik gesagt sein, die nur als Zweckmäßigkeit anhängsel bisher die eigene Schiedsgerichtsbarkeit hatte. Aber seitdem die tarifliche Rechtsprechung sich gar nicht mehr am Berufsgebrauch orientiert, sondern nach dem Buchstaben juristisches Recht macht, genügt vollständig die Arbeitsgerichtsbarkeit mit ihrer schnelleren Entscheidung. Der Verbandstag wird deshalb ernstlich prüfen müssen, ob die tarifliche Schiedsgerichtsbarkeit für die Gehilfen überhaupt noch irgendwelchen Wert hat. — Die Anträge zum Pressewesen des Verbandes übergehend, soll zum Schluß nur noch einiges zu den allgemeinen Anträgen gesagt werden. Der von Kempton geforderte Neudruck des Handbuchs war schon auf dem Verbandstag in Jena beantragt worden. Hätten die Kollegen gelesen, mit welcher Begründung dieser Antrag einstimmig abgelehnt worden ist, wären sie sicher nicht zur Stellung ihres Antrages gekommen. Der Verband ist über diesen Schematismus hinausgewachsen! — Der Berliner Antrag zur Berufung einer Betriebsrätekonferenz war ebenfalls schon in Jena Gegenstand der Beratung. Was dabei gesagt worden ist, dürfte noch nicht veraltet sein. Auer nicht das Wollen wird vorläufig über diesen Antrag entscheiden, sondern der Kassierer. Das Hemd „Arbeitslose“ liegt jetzt näher als der Rock „Betriebsräte“. Damit soll nichts gegen die Betriebsräte, aber besonders für die Solidarität gesagt sein.

Den Hauptteil der allgemeinen Anträge bestreiten die zur Entlohnung der Verbandsangestellten. Ein angeblich 13. Monatsgehalt spielt die Hauptrolle. Dazu folgendes: Auf jeden Verbandstag wird eine Kommission eingesetzt, die die Tagegelder der Delegierten und die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Angestellten zu prüfen hat. Da die Verbandsangestellten ab Verbandstag Köln 1925 keine Veränderung ihres Lohnes hatten, „die Löhne unserer Kollegenschaft in den drei Jahren (bis 1928. D. Red.) um einen ziemlich Prozentsatz gestiegen sind“, schlug die Kommission für die Verbandsangestellten eine Lohnerhöhung vor, die von der Kommission in folgende Formel gekleidet wurde: „Wir sind uns einig geworden, die Gehälter, wie sie in Köln festgelegt sind, zu belassen. Wir wollen aber den Angestellten den Ferienzuschuß wieder zukommen lassen, gleich ungefähr 50 Mk. Zulage im Spitzengehalt im Monat.“ Es handelt sich also um eine Zulage, die allerdings über das ganze Jahr angesammelt, einen Monatsgehalt ergab.

Die Kollegen sind in diesem Falle die Arbeitgeber. Ihr Verlangen geht dahin, die ab 1925 den Angestellten gegebene Zulage abzubauen. Auch das muß ganz eindeutig ausgesprochen werden, um die Sachlage zu kennzeichnen. Denn es kann mit Sicherheit darauf geschlossen werden, daß die Unternehmer diese Stellungnahme der Kollegen sich zunutze machen und deduzieren: Die

Gehilfen sehen den Zwang zum Lohnabbau ein. Das haben sie auch schon behauptet und werden nun in diesen Anträgen die Begründung für die Richtigkeit ihrer Behauptung sehen. Natürlich sind die Kollegen in richtiger volkswirtschaftlicher Erkenntnis gegen jeden Lohnabbau und die vorher behandelten Anträge zeugen ja auch davon. Aber dann muß auch gelten: Was du nicht

willst das man dir tu, das füg' auch keinem andern zu. In einem Atemzuge als Arbeiter den Lohnabbau auf das schärfste abzulehnen und als Arbeitgeber den Lohnabbau zu fordern, ist keine Konsequenz. Aber solche Inkonsistenzen ergeben leider die Anträge auch. Sie sollen zugleich mit aufgezeigt sein, um daraus zu lernen.

Die Antwort der freien Gewerkschaften

Die freien Gewerkschaften haben vor Erlaß der Notverordnung mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, was zu tun sei, um der augenblicklichen Lage gerecht zu werden. Die Notverordnung vom 6. Juni ist inzwischen verkündet worden. Am 20. Juni trat der Ausschuß des allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zusammen, um erneut zu den Ereignissen im wirtschaftlichen und politischen Leben Stellung zu nehmen und erneut die Forderungen herauszustellen. Das Ergebnis der eingehenden Aussprache ist in folgender Entschliebung zusammengefaßt.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes drückt seine Überzeugung dahin aus, daß eine nachhaltige Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands durch die Notverordnung vom 5. Juni d. J. nicht erreicht werden kann. Die Notverordnung steht außerdem in schroffem Widerspruch zu den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, sie erfordert nach wie vor den schärfsten Protest der Arbeiterschaft und den entschiedenen Kampf für ihre Abänderung in kürzester Frist.

Angesichts der bedrohlichen Lage, die durch die fortwährenden und umfangreichen Kündigungen von Auslandsguthaben und die zum Teil auch durch Kapitalfluchtbestrebungen bedingten Devisenabflüsse herbeigeführt ist, muß die Sicherung ausländischer Hilfsbereitschaft dringend gefordert werden. Die deutsche Außenpolitik muß diesem Ziel gewidmet sein.

Daß außerdem eine weitgehende Erleichterung der Reparationslasten auf schnellstem Wege erstrebt werden muß, wird von den Gewerkschaften nicht erst jetzt betont. Gegenüber anderen Kundgebungen unverantwortlicher Kreise vertreten die Gewerkschaften mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland nach wie vor mit aller Entschiedenheit die Forderung einer friedlichen Verständigung. Wirtschaftsnöte in der ganzen Welt verlangen eine internationale Wirtschaftspolitik, die von gegenseitigem Vertrauen getragen und auf gegenseitige Förderung gerichtet ist.

Für das Reich können neue Finanzquellen noch erschlossen werden, wenn fortan verhindert wird, daß alljährlich ungezählte, aus inländischer Konsumkraft gewonnene Millionen für deutsche Rechnung internationaler Trusts in das Ausland verbracht und dem deutschen Steuerzugriff entzogen werden.

Es ist an der Zeit, daß Regierung und Gesetzgebung die Übernahme von Handelsmonopolen auf das Reich ernsthaft ins Auge fassen, z. B. für Getreide, Margarine, Tabak, Öl und andere Ver-

brauchsgüter, deren Rohstoffe im wesentlichen aus dem Ausland kommen.

Solche Reichsmonopole würden die Möglichkeit der Verhinderung von Kapitalabwanderung und neben der Förderung inländischer Kapitalbildung unmittelbare Einnahmequellen schaffen. Durch weiteren Ausbau der Erbschaftssteuer könnte gleichfalls eine Erhöhung der Reichseinnahmen gesichert werden.

Angesichts der brutalen Sparmaßnahmen auf sozialpolitischem Gebiete ist es nicht länger zu vertreten, daß die von der überwiegenden Mehrheit als notwendig und unvermeidlich anerkannte Reichsreform hinausgeschoben wird. Zur Verwirklichung dieser Maßnahme, die große Mittel freisetzen wird, müssen ernste Schritte getan werden. Die Ausschaltung der Gewährung von Pensionen an im Erwerbsleben stehende frühere Beamten und Offiziere müßte in der augenblicklichen Notzeit eine Selbstverständlichkeit sein.

Die seitherige nur privatwirtschaftlichen Interessen dienende Politik der Subventionen muß verlassen werden. Notwendiger noch ist die sofortige Abkehr von der Agrarpolitik, die den Verbrauch belastet und einschränkt und durch das Streben nach Sondervorteilen für die Landwirtschaft alle Handelsverträge gefährdet. Eine entschlossene Handelspolitik auf der Grundlage der Meistbegünstigung zur Förderung des deutschen Industrie-Exports ist dringend geboten. Ihr Ziel muß der internationale Abbau der Zölle sein.

Daneben erheben die Gewerkschaften erneut ihre Forderung nach scharfer Kontrolle der Kartelle und Monopole, deren ungesunde Preispolitik insbesondere auf dem Lebensmittelmarkt die Lage dauernd verschlimmert; die Forderung nach Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft der Verbrauchermassen; nach Verkürzung des Weges der Güterbewegung durch unmittelbare Geschäftsbeziehungen zwischen Produzenten und Kleinverkauf; nach ernststen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, insonderheit durch zielbewusste Wohnungswirtschaft und eine vernünftige Siedlungspolitik; nach der allgemeinen gesetzlichen 40stündigen Arbeitswoche mit dem Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte aus dem Millionenheer der Arbeitslosen.

Den Kampf um diese nächsten Aufgaben muß die organisierte Arbeiterschaft mit Hartnäckigkeit und Ausdauer unter Anspannung aller Kräfte weiter führen. Wir sind der Treue der Mitglieder sicher, aber wir rufen auch die übrige Arbeiterschaft auf, sich in unseren Verbänden zu vereinigen, um den Sieg über die soziale Reaktion und alle Feinde der Arbeiterinteressen zu erringen.

Zwei politische Ungeheuerlichkeiten

Die kapitalistische Wirtschaftskrise hat alle öffentlichen Haushalte in Unordnung gebracht. Durch den Ausfall an Steuerzahlern infolge der riesigen Arbeitslosigkeit bewegen sich die Einnahmen des Reiches, der Länder und der Gemeinden stetig nach unten, während die Ausgaben in demselben Tempo steigen, weil den gegen ihren Willen aus dem Wirtschaftsprozess geworfenen Menschen wenigstens das zum Leben Notwendigste gegeben werden muß. Solange das kapitalistische Wirtschaftssystem existiert, ist das Auftauchen von Fehlbeträgen in den öffentlichen Haushalten während der Wirtschaftskrise unvermeidlich. Die Defizite auszugleichen, wird dann zu der dringendsten Aufgabe der Finanzpolitik. Aber wie das geschieht, ob kulturnotwendige Ausgaben gekürzt werden oder bei wirklich entbehrlichen Posten gespart wird, ob die schwachen Schultern mit neuen Lasten bepackt werden oder der Besitz zu höheren Steuerleistungen herangezogen wird, das alles sind Fragen der politischen Machtverhältnisse. Wie es in Deutschland darum bestellt ist, beweist der Umstand, daß die finanzielle Krisenlast in ungewöhnlich hohem Maße auf die Schultern der Arbeitnehmerschaft abgewälzt wird. Als Beispiel hierfür diene die neue Notverordnung als Ganzes, wobei uns zwei steuerpolitische Ungeheuerlichkeiten besonders eingehend beschäftigen sollen.

Die erste ist die *Krisensteuer*. Sie soll nach der Notverordnung von allen Deutschen, deren Lohn-, Gehalts- oder sonstigen Einkommen über der steuerfreien Grenze liegt, erhoben werden. Dabei sind für die in Lohn oder Gehalt stehenden Personen andere und zwar bedeutend höhere Steuersätze vorgesehen, als für die freien Be-

rufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Gewerbetreibende, Industrielle usw.) deren Angehörige die Einkommensteuer nach Veranlagung entrichten. Welche Benachteiligung dadurch den Arbeitnehmerschichten zugefügt wird, geht deutlich aus der folgenden Tabelle hervor, die die zu entrichtende Krisensteuer für beide Kategorien der Steuerpflichtigen nebeneinander stellt. Es beträgt die Krisensteuer bei einem monatlichen Einkommen:

für Arbeitnehmer		für die freien Berufe	
bis 300	Mark 1	Proz. 0,75	Proz.
von 301 bis 400	Mark 1,5	Proz. 1	Proz.
von 401 bis 500	Mark 2	Proz. 1	Proz.
von 501 bis 600	Mark 2,5	Proz. 1,5	Proz.
von 601 bis 700	Mark 3	Proz. 1,5	Proz.
von 701 bis 1000	Mark 3,5	Proz. 1,5	Proz.
von 1001 bis 1500	Mark 4	Proz. 1,5	Proz.
von 1501 bis 3000	Mark 4,5	Proz. 2	Proz.
		(von 1667 Mark an)	
über 3000		Mark 5	Proz. 2

Der Steuersatz von 2,5 Proz. gilt für die freien Berufe erst bei einem Jahreseinkommen zwischen 100 000 und 250 000 Mk.; 3 Proz. Krisensteuer brauchen von ihnen erst bei einem Jahresverdienst zwischen einer viertel und einer halben Million und 3,5 Proz. bei einem Einkommen zwischen einer halben und einer ganzen Million gezahlt zu werden. Erst wer im Jahre mehr verdient als eine Million Mark, ist zur Zahlung des höchsten Krisensatzes von 4 Proz. verpflichtet, während für die Lohn- und Gehaltsempfänger der Höchstsatz 5 Proz. beträgt. Obige Tabelle zeigt, daß der Arbeitnehmer mit 300 Mark Monatseinkommen 3 Mk., der Angehörige eines freien Berufes bei gleichem Einkommen aber nur 2,25 Mk. zu entrichten braucht. Bei 400 Mk. Monatseinkommen zahlt der Arbeitnehmer 6 Mk., der in einem freien Berufe stehende 4 Mk., bei 500 Mk. Ein-

kommen hat der Arbeiter oder Angestellte genau das doppelte dessen an Krisensteuer zu zahlen wie ein Angehöriger eines freien Berufes, nämlich 10 Mk. statt 5 Mk. So geht es weiter. Das oben dargestellte Zahlenbild ist eine Statistik der Ungerechtigkeit, nicht weil die höheren Einkommen der Arbeitnehmer stärker erfaßt sind, sondern weil nur sie zur Linderung der Krisennot herangezogen werden, während der Besitz, nämlich die hohen Einkommen der freien Berufe, absichtlich von ähnlich hohen Lasten verschont werden. Die steuerpolitische Begründung dieser offensichtlichen Ungerechtigkeit ist die, man müsse die hohen Einkommen schonen, weil ihre Träger sonst das Geld ins Ausland verschieben. Was ist das? Steuermoral? Staatsmoral? Weil der arme Teufel nichts hat, um die heimische Wirtschaft zu ruinieren, wird er mit Sonderlasten bedacht. Weil den anderen ein die Nation schädigendes Verhalten als selbstverständlich gilt, werden sie geschont. Höher gehts nimmer.

Die zweite steuerpolitische Ungeheuerlichkeit, die uns die neue Notverordnung besichert, ist der Wegfall der *Lohnsteuererückstellungen*. Bisher war es so, daß der Arbeitnehmer, der im Laufe des Jahres arbeitslos, krank oder sonstwie arbeitsunfähig wurde, am Jahreschluß die zuviel gezahlte Lohnsteuer auf Antrag zurückerstattet bekam. Das fällt weg. Gerade ihm war die Rückerstattung eines zuviel gezahlten Steuerbetrages meist eine willkommene Hilfe. Die 60 Millionen Mark, die jetzt den Gemeindekassen dadurch mehr zufließen sollen, werden vorher den Armen der Armen abgenommen.

So ähnlich sieht die ganze neue Notverordnung aus. Sie ist nicht nur wie ihr Name sagt, ein Produkt der Not, sondern in viel höherem Maße ein Produkt des 14. September des Jahres 1930. Dieser Tag trägt immer herrlichere Früchte.

Die Änderungen in der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge durch die Notverordnung vom 6. Juni 1931

Die gesamte Öffentlichkeit beschäftigt sich jetzt mit der Notverordnung. Gerade wir als Arbeitnehmer haben ein Interesse daran zu erfahren, wie die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge von dieser Verordnung beeinflusst werden...

7. Die Hauptunterstützung wird im Einheitslohn um je 5 Proz. gekürzt. Diese Kürzung bedeutet eine Schmälerung der Arbeitslosenunterstützungssätze von 6 bis 14 Proz.

Die Familienzuschläge bleiben aber in der gleichen Höhe wie vorher. Für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen werden auch weiterhin 5 Proz. des Einheitslohnes gewährt. Die nachfolgende Tabelle zeigt die neuen Unterstützungssätze.

8. Verheirateten Frauen wird die Arbeitslosenunterstützung nur gewährt, soweit sie bedürftig sind. Für die Prüfung der Bedürftigkeit sind die Bestimmungen der Krisenverordnung maßgebend.

9. Die Wartezeit ist wie folgt geändert:
a) für Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigte Angehörige 21 Tage. (Vorher 14 Tage.)

Tabelle zur Errechnung der Arbeitslosenunterstützung nach der Notverordnung

Table with columns: Lohnklasse, Wöchentlicher Arbeitsverdienst RM., Einheitslohn RM., Hauptunterstützung d. Arbeitslosen, and 6 columns for Gesamunterstützung mit Familienzuschlägen für (Personen 1-6). Rows I to XI show data for different wage classes and family sizes.

1. Arbeitslose, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, erhalten die Arbeitslosenunterstützung nur, wenn ihnen kein familienrechtlicher Unterhaltanspruch zusteht.
2. Die ersten 9 Wochen, in denen der Arbeitslose eine berufstrenne Arbeit ablehnen konnte, sind jetzt weggefallen, so daß der Arbeitslose vom ersten Tage seiner Arbeitslosigkeit an jede angebotene Arbeit annehmen muß, wenn er nicht die Unterstützung gesperrt bekommen will.

b) Für Arbeitslose mit 1 bis 3 zuschlagsberechtigten Angehörigen 14 Tage. (Vorher 7 Tage.)
c) Für Arbeitslose mit 4 und mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen 7 Tage. (Vorher 3 Tage.)
Die Wartezeit verkürzt sich im Falle a) auf 7 Tage, im Falle b) auf 3 Tage und fällt im Falle c) ganz weg, wenn vorliegt:
Kurzarbeit von mindestens 4 Wochen Dauer, mit einer Schmälerung des Verdienstes um mindestens ein Drittel.
Arbeitsunfähigkeit von mindestens 4 Wochen Dauer, und 4 Wochen behördlich angeordnete Anstaltsverhahrung.

Man halte sich nur die Zahlen vor Augen. Jeweils im August hatten wir in Deutschland Arbeitslose:
1927 = 945 000 1928 = 1 162 000 1929 = 1 476 000
1930 = 2 938 000, 1931 voraussichtl. 3 1/2 bis 4 Mill.
Herbst und Winter stehen mit all ihren Schrecken vor der Tür. Während sonst die bürgerliche Presse nicht laut genug schreien konnte: Nur sparen bringt uns vorwärts, setzt jetzt wie zum Hohn die Propaganda ein: kauft, verbraucht, kauft, verbraucht und noch einmal kauft und verbraucht. Wir finden in Schaufenstern kleine Plakate mit der Aufforderung:
Jeder Einkauf ein Tropfen Öl in die Maschine des deutschen Wirtschaftslebens!

Kaufen ist nicht verschwenden, kaufen ist Arbeit spenden!
Kaufen schafft Umsatz und Umsatz schafft Arbeit!
Kaufen ist die beste Fürsorge für unsere Arbeitslosen!
Hausfrauen helfe Arbeit schaffen, Kauft bald, Kauft sofort!

Manager dieser Reklame sind die „L. N. N.“, ein Blatt, das an tollsten Treibereien im Kampfe gegen den Lohn nicht leicht zu überbieten ist. Stegerwald bezifferte kürzlich den Ausfall an Lohn und Gehaltseinkommen für 1931 auf mindestens 7 1/2 Milliarden Mk., darunter 3 Milliarden a conto Lohnsenkung entsprechend dem bisherigen Stand. Das Institut für Konjunkturforschung errechnet für das erste Quartal 1931 1,5 Milliarden Mark Rückgang des Arbeitseinkommens und stellt fest:

„Die Preisrückgänge haben die Einkommensminderung nur etwa zur Hälfte ausgeglichen.“

Der Absatz der Waren sinkt katastrophal, wie dasselbe Institut zahlenmäßig nachweist. Er muß sinken, weil das Masseneinkommen so gedrosselt ist, daß es bei den Vollbeschäftigten gerade noch zu den dringendsten Bedürfnissen reicht, während Kurzarbeiter und Arbeitslose — mit ihren Angehörigen mindestens 15 Millionen Menschen in Deutschland — buchstäblich hungern. Für viele von ihnen bleibt nur die Flucht aus dem Leben, wie die grauenvolle Freitodstatistik der Großstädte ausweist. Und bringt ein Teil den Mut zur Rebellion auf, so warten blaue Bohnen seiner, ein Artikel, den der bürgerliche Staat für den Hungernen immer in Fülle bereit hat.

Das ist der Wahnsinn: All diese Not und dieses Grauen bei vollen, übervollen Scheuern und Lägern.

Händeringend steht die Bourgeoisie davor und jammert nach Absatz, schreit nach neuem Lohn und Gehaltsabbau. Es ist Zeit, höchste Zeit, daß die Arbeiterklasse sich auf sich selbst besinnt, daß sie sich befreit aus diesem Narrenhaus, um nicht darin umzukommen.

Seelenruhig, als ob es sich um den Kauf von ein Paar alten Hosen handeln würde, sprechen gewisse Kreise von einer neuen Inflation. Das „Wirtschaftsprogram“ der Nationalsozialisten sieht diese ja ausdrücklich vor. Und wir behaupten, es gibt mächtige Kreise in Deutschland, die ein Interesse daran hätten, wie das 1915 bis 1923 der Fall war.

Wer sind diese Interessenten? Das Statistische Reichsamt schätzt die deutsche Kapitalflucht auf 9 bis 11 Milliarden Mark. In den deutschen Sparkassen sind 11 Milliarden Mark Spareinlagen vorhanden. Im selben Maße, in dem die Mark im Inland an Kaufkraft verliert, im selben Maße steigt die innere Kaufkraft der im Ausland angelegten Gelder. So würde z. B. bei einer Entwertung der Mark um nur 20 Proz. der deutsche Sparer 2,2 Milliarden verlieren, die der Geldschieber — lies Patriot — gewinnen würde. Neben diesem Raubzug auf die Taschen der Sparer, würde die Inflation den dritten und ergiebigsten Lohnabbau bedeuten.

Das mögen zunächst Kassandarufe scheinen, doch der kritische Zeitpunkt liegt näher, als äußerlich sichtbar ist. Es brauchen nur die um Schacht gruppierten Katastrophenpolitiker zusammen mit den Kommunisten und Nationalsozialisten mit ihren Plänen auf gewaltsame Einstellung der Reparationszahlungen und neuerdings auch des Zinsendienstes für die Auslandsanleihen durchzukommen, dann erleiden wir aufs neue den Zusammenbruch unserer Währung.
Der österreichische Schilling, der einen festen Kurswert von 60 Pfennig hat, wird auf den deutschen Bahnhöfen in den letzten Wochen mit nur 50 Pfennig berechnet, obwohl die Börse noch 59 1/2 Pfennig notiert. Folge des Zusammenbruchs der Rothschild-Bank, deren Sanierung dem kleinen Österreich phantastische Summen kostet.
Diese Götterdämmerung des Kapitalismus hat einen schmerzvollen Leidensweg für die Arbeiterklasse im Gefolge. Ihn abzukürzen ist unsere Aufgabe. — Sozialisierung tut not, Sozialismus ist die einzige Rettung. perpetuum.

Das Karussell

Man hat uns vorgegaukelt: Um den Arbeitsmarkt zu entlasten, müsse die Auftragsdecke größer werden, damit sie größer wird, müssen die Preise herunter, damit die Preise herunter können, müssen die Gesteitungskosten gesenkt werden und deshalb müssen die Löhne geringer sein.
Die Löhne sind gesenkt, die Preise knapp die Hälfte heruntergegangen, die Kaufkraft ist zurückgegangen, die Auftragsdecke kleiner geworden, die Arbeitslosigkeit gestiegen. Wahrhaft ein „glänzendes“ Ergebnis kapitalistischer Theorie und Praxis. Das war vorauszusehen. Wie schrieb doch der Schleifstein so nett: Nur die Lohnpolitik der Gewerkschaften ist schuld an der Krise. Es ist gut, daß geistige Impotenz nicht bestraft wird, sonst müßten wir in Zukunft diese Weisheit entbehren und davor beschütze uns Wotan.
Trotzdem hat die Bourgeoisie ihr Ziel erreicht. Streichen wir von ihren Parolen das Ab, was nur für Narren bestimmt war, so bleibt die Absicht: Herunter mit der Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Sollte nach früheren Äußerungen der Reallohn nicht gesenkt werden, so braucht heute die Wirklichkeit nicht mehr schamhaft hinter verlo-

genen Phrasen versteckt zu werden. Brutal und offen wird gesagt: Schluß mit dem Preisabbau, aber die Löhne müssen noch weiter herunter. Und es findet sich ein Reichsarbeitsministerium mit seinem Schlichtungsapparat um diese Forderung der Besitzenden zu realisieren.
Der Preisabbau ist, von einigen Fällen abgesehen, schamloser Betrug. Da wurde die Qualität verschlechtert, wie beim Brot, das trotzdem heute teurer ist wie vor dem „Preisabbau“. Oder es wurde die Quantität verringert, wie z. B. bei den Zigaretten.
Der Preisabbau soll sich mechanisch zeigen in den Indexzahlen der Lebenshaltungskosten. Auch hier nur ein unerhörtes Täuschungsmanöver. So sind in diesen Zahlen nicht enthalten Steuern und soziale Beiträge. Und gerade diese sind im Zeitraum des „Preisabbaues“ bedeutend gestiegen, so daß in Wahrheit die Soll-Ausgaben des Arbeiters höher wurden, zur selben Zeit, in der die Löhne sanken.
Die Arbeitslosigkeit wächst in den konjunkturellen Teilen der Wirtschaft noch dauernd. Daß die Zahlen jetzt zurückgehen, ist fast ausschließlich saisonbedingt. Wir werden in diesem Sommer kaum unter 3 1/2 Millionen herunterkommen.

Bekanntmachung

Auf Grund des § 6 Absatz 2 der Satzungen wurden folgende Kollegen ausgeschlossen: Auf Antrag der Mitgliedschaft **Nürnberg** der Steindruckerei **Georg Janner**, Buch Nr. 33144, auf Antrag der Mitgliedschaft **Bonn** der Steindruckerei **Johann Roeder**, Buch Nr. 55542.

Ferner wurde wegen Verletzung der Satzungen dem Steindruckerei **Kurt Werner**, Buch Nr. 67886 eine öffentliche Rüge erteilt.

Der Verbandsvorstand.

Werktätige treiben Flugsport!

Der „Sturmvogel“, Flugverband der Werktätigen e. V. beginnt das dritte Jahr seiner Tätigkeit. Bei dieser Gelegenheit darf man einen Blick zurückwerfen auf die Zeit seines Entstehens: „Luftfahrt — Sache des ganzen Volkes“, „Flugsport muß Volkssport werden“, mit diesen Leitsätzen trat der junge Fliegerverband in die Öffentlichkeit. Damals lächelten nicht nur die Laien mitteilend über ein so schwieriges Unterfangen. Mögen auch die Grundideen des „Sturmvogel“ manchem Sportsfreund schon nahegelegen haben, ihre Ausführung erschien jedoch auf Jahrzehnte hinaus unerfüllbar im Hinblick auf die hohen Kosten, die bisher mit dem Fliegen verknüpft waren. Aber die Rechnung, daß auch auf diesem Gebiet eine Massenorganisation der Werktätigen das schier Unerreichbare verwirklichen könne, hat sich als richtig erwiesen. Allein der äußere Bestand des „Sturmvogel“ beweist es.

Überall in ganz Deutschland sind Ortsgruppen des Verbandes emporgewachsen und noch immer mehr tatendurstige alte und junge Sportsfreunde melden sich an. Im Gau Berlin beispielsweise ist der „Sturmvogel“ überhaupt die größte aller Flugsportvereinigungen. Nicht jedoch nur in den Großstädten und Luftverkehrszentren, auch in kleinen und kleinsten Orten haben sich genügend Flugbegeisterte zusammengefunden. Die Zahl der Gruppen ist nach wie vor im Wachsen und beträgt zur Zeit 193. — Viel praktische Arbeit ist in primitiven Bastelwerkstätten mit bescheidenen Mitteln geleistet worden. Über 200 Segelflugzeuge wurden von den Bastelgruppen bisher gebaut. Ja, es gibt Gruppen, die bereits vor der Vollendung des dritten und vierten Flugzeuges stehen. Hunderte von Flugschülern wurden auf den Segelgeländen des Verbandes in die Kunst des Gleit- und Segelfliegens eingeweiht und im kommenden Rhön-Segelflugwettbewerb wird der „Sturmvogel“ zum ersten Male am Start erscheinen. — Daß der Flugverband der Werktätigen auch über eine stattliche Zahl von Verkehrs- und

Sportmaschinen verfügt, ist bekannt. Daß er aber auch erfolgreich den Selbstbau von Motorflugzeugen begonnen hat, darf der Verband heute mit Stolz registrieren. Am Himmelfahrtstage wurde in Berlin das Leichtflugzeug der Gruppe Friedrichshain geweiht, das nach eigenen Konstruktionsplänen mit geringsten Mitteln, buchstäblich aus den opferwillig gesparten Groschen der Werkstätten geschaffen wurde. Andere Gruppen sind dabei, diesen Typ eines Volksflugzeuges, das nur wenige hundert Mark an Baukosten verlangt, weiter zu entwickeln. In Kürze hofft der „Sturmvogel“ so viele dieser Maschinen zu besitzen, daß in jeder Gruppe auch der Ärmste praktisch zum Fliegen kommt. So ist durch das Wirken des „Sturmvogels“ der Flugsport trotz der bitteren Not schwerer Krisenjahre heute schon gesunder und billiger, ein wahrer Volkssport geworden.

Zwei Bücher der Büchergilde

Die *Büchergilde Gutenberg*, die bei der Auswahl der besten 50 Bücher schon zweimal ausgezeichnet worden ist, hat inzwischen schon wieder manches gute Buch herausgebracht. Mit dieser Bücherausgabe hat sie sich weitere Freunde erworben, was die graphische Arbeiterschaft nur erfreuen kann, deren Buchgemeinschaft die Büchergilde ist. Für 1,— Mk. Monatsbeitrag kann man die besten Bücher erwerben, was den Kollegen die Büchergilde wert machen sollte.

Heute liegen uns 2 Bücher vor:

Amphitrite, ein Roman von Vicente Blasco Ibañez und

Mein frohes Völkchen. Von Paul Georg Münch. Der Roman „*Amphitrite*“ beschäftigt sich mit den Ereignissen des Weltkrieges im Mittelmeer. Wir lernen die Anstrengungen der deutschen Spionage, die kriegerischen Maßnahmen von hüben und drüben und die ganze Grausamkeit des modernen Krieges kennen, aber auch die leidenschaftliche Anteilnahme der lateinischen Völker und ihren Anspruch auf ihr Meer. Ein Spanier, der als Seemann alle Weltmeere befahren hat, läßt sich in diesem Roman von einer deutschen Spionin bewegen, für die U-Boote Material zu fahren. Als aber ein Passagierschiff versenkt wird, auf dem sich sein eigener Sohn befindet, fährt er für die Verbündeten, die mit ihrer Flotte vor den Dardanellen liegen, Kriegsmaterial. Schließlich wird auch er mit seinem Schiff von einem deutschen Unterseeboot torpediert. — Das Buch ist reich an dramatischen Momenten, aber der Autor vergißt nicht, dabei die ganze Schönheit des Meeres und die alte Pracht der Landschaften rings um das Mittelmeer zu beschreiben.

„*Amphitrite*“ ist das vierte Buch der Ibañez-Reihe der Büchergilde Gutenberg. Die baldige Fortsetzung dieser Reihe steht bevor.

Ein ganz anderes Buch ist das von Paul Georg Münch, „*Mein frohliches Völkchen*“.

Paul Georg Münch ist Lehrer an einer Volksschule in Leipzig, zählt zu den bekanntesten Pädagogen, wird von Studienkommissionen aller Länder aufgesucht und gehört zu den meistgelesenen deutschen Pädagogen; seine Bücher wurden in fünf Sprachen übersetzt.

Der besondere Reiz seiner Bücher ist der Humor, der aus ihnen lacht. Münch hat eine Weisheit entdeckt, die bisher fast unbekannt war: Man kann pädagogische Dinge auch heiter, ohne Gelehrtheit und so allgemeinverständlich sagen, daß auch jedem die neuesten Ergebnisse der Seelenforschung und die Fortschritte neuzeitlicher Lehrkunst begreiflich werden. Münch erzählt in aufgelockerter, interessanter Weise und versteht es, eine Sache, die an sich bitterer ist, so mit köstlichem Humor zu garnieren, daß jeder diese Geschichten von Kindern und Eltern gern liest. In diesen heiteren, aber doch nachdenklichen Geschichten führt uns Münch viele Dutzend „Fälle“ vor, die bei ungeschickter Behandlung neues Beweismaterial für die „Verrohung unserer Jugend“ ergeben hätten, die aber bei Münch eine Wendung nehmen, die für alle Beteiligten gut ausläuft und höchstens den Eltern eine Mahnung sein kann, mit der Erziehung bei sich selbst anzufangen.

Dieses neue Buch von Münch, „*Mein frohes Völkchen*“, ist ein Buch für Leute, die lachen wollen, die lernen wollen und die mit dazu beitragen möchten, daß in unser Dasein mehr Fröhlichkeit und liebevolles Verständnis kommt. Beim Lesen dieser Geschichten wird jeder daran erinnert, daß er dies und jenes selbst schon erlebt hat. Ja, dieses Buch ist ein Ratgeber für Eltern und Erzieher, bloß daß es keine hochtrabenden billigen Weisheiten verzapft, sondern alles in einer freundlich zurendenden und plaudernden Weise sagt. Dieses Buch sollten sich Eltern und Erzieher gegenseitig schenken. Überall dort, wo es unter häuslichen und beruflichen Erziehern „Probleme“ gibt, dort erscheint dieser neue Münch als guter und sehr bald begeistert aufgenommener Freund: lachend, weise, behutsam und doch energisch, ein prächtiger Kamerad, in dessen Nähe das Leben leichter und froher wird.

Beide Bücher, schön in Leinen gebunden, kosten je 3,— Mk. und sind bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibundstr. 5 zu haben. Man kann den Kollegen bei Durchsicht der Gildebücher nur immer wieder rufen: Werdet Mitglieder der Büchergilde Gutenberg!

Den Toten zum Gedächtnis!

1931.

† Am 26. April in Stuttgart **Eugen Balz**, Chemigraph aus Stuttgart, 59 J. alt, an Blasenleiden, krank 5 W. — Eingetr. in Stuttgart am 17. August 1930.

† Am 30. April in Berlin **Eduard Zeidler**, Chemigraph aus Kriescht Krs. Ost-Sternberg, 55 J. alt, an Lungenentzündung, krank 16 W. und 3 T. — Eingetr. in Berlin am 7. Dezember 1924.

† Am 3. Mai in Dessau **Alfred Fetscher**, Steindruckerei aus Großdöbbschütz, 27 J. alt, infolge eines Motorradunfalles. — Eingetr. in Bautzen am 16. April 1922 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 5. Mai 1918).

† Am 4. Mai in Hamburg **Ernst Behrens**, Steindruckerei aus Bremen, 73 J. alt, freiwillig aus dem Leben geschieden. — Eingetr. in Hamburg am 13. April 1919.

† Am 5. Mai in Berlin **Paul Borczinski**, Steindruckerei aus Berlin, 51 J. alt, an Magengeschwüren. — Eingetr. in Berlin am 1. April 1900.

† Am 6. Mai in Berlin **Theodor Korge**, Steindruckerei aus Berlin, 64 J. alt, an Nieren- und Lungenleiden, Invalide seit 18. Februar 1927. — Eingetr. in Berlin am 13. Februar 1898.

† Am 8. Mai in Leipzig **Karl Gaudig**, Lithograph aus Leipzig-Stötteritz, 66 J. alt, an Altersschwäche, Invalide seit 1. Februar 1926 — Eingetreten in Leipzig am 1. Januar 1893.

† Am 10. Mai in Chemnitz **Franz Hupfer**, Steindruckerei aus Forchheim, 70 J. alt, an Gicht und Rheumatismus, Invalide seit 18. Juni 1918. — Eingetr. in Chemnitz am 1. Dezember 1904.

† Am 10. Mai in Hannover **Georg Richter**, Steindruckerei aus Hannover, 50 J. alt, an den Folgen einer Magenoperation, krank 7 W. — Eingetr. in Hannover am 2. Februar 1919.

† Am 11. Mai in Dresden **Georg Bothe**, Photograph aus Berlin, 51 J. alt, an Herzleiden, krank 11 W. — Eingetr. in Dresden am 13. Februar 1921.

† Am 12. Mai in Berlin **Robert Köhler**, Steindruckerei aus Weidenroda i. Sa., 77 J. alt, an Schlaganfall, Invalide seit 30. März 1916. — Eingetr. in Berlin am 1. Mai 1891.

† Am 13. Mai in Stuttgart **Adolf Rudolf**, Steindruckerei aus Stuttgart, 57 J. alt, an Magenleiden und Herzlähmung, krank 44 W. — Eingetr. in Stuttgart am 2. August 1896.

† Am 14. Mai in München **Vincenz Kristof**, Steindruckerei aus München, 54 J. alt, an Herzgefäßverstopfung, Invalide seit 1. Oktober 1929. — Eingetr. in München am 18. April 1894.

† Am 15. Mai in Frankfurt a. M. **Otto Gutfleisch**, Hilfsarbeiter aus Eudorf i. Hessen, 81 J. alt, an Altersschwäche, Invalide seit 12. März 1911. — Eingetr. in Frankfurt a. M. am 1. Januar 1893.

† Am 18. Mai in Hannover **Heinrich Kiel**, Steinschleifer aus Moordorf b. Neustadt, 69 J. alt, an Magen- und Darmkrebs, Invalide seit 27. Mai 1928. — Eingetr. in Hannover am 1. Januar 1893.

Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beteiligung des Mitgliedsbuches und der Sterbenuhr stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. Der Verbandsvorstand.

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität
Ia Auswaschtinktur Zinkätzsals D. R. P.
Entsäuerungspulver, Schloßkugeln
 sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck
Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36 Wiener Straße Nr. 36
 Tel. F. 8 Oberbaum 2219

FACHLITERATUR!
 Der praktische Umdrucker von Bernhard Enders
 Preis inklusive Nachnahme 1.10 RM.
 Das Tauschieren und Atzen der Metalle
 von G. Schweikhard und W. v. Falkenstein. Preis inklusive
 Nachnahme 1.60 RM.
 Zu beziehen durch: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.